

14.12.

Auch am 20. Dezember 2003 sagen wir Nein zu Sozialraub und Krieg!

- Aufruf des Aktionsbündnisses gegen den Krieg – Münster -

Da wir seit Jahren gemeinsam den systematischen Um- und Ausbau des bundesdeutschen Militär- und Repressionsapparates kritisieren und bekämpfen, da wir gemeinsam gegen alle Kriege auf die Straße gehen – als Aktionsbündnis gegen den Krieg zum ersten Mal gegen den NATO-Angriffskrieg auf Jugoslawien 1999 -, und da wir versuchen, Zusammenhänge zu sehen, zu analysieren und zu vermitteln, ist es für uns bei den Protesten „gegen Sozialabbau“ besonders wichtig, auf den Zusammenhang zwischen dem rotgrünen, gleichwohl neoliberalen Generalangriff auf die Sozialsysteme sowie auf die Arbeitsrechte und der neuen deutschen Militär- und Kriegspolitik hinzuweisen, die für das Bild dieser Gesellschaft in der näheren Zukunft bestimmend sein dürften.

Rotgrün hat die Politik der Kohlregierung konsequent fortgesetzt!

Die aktuellen Proteste gegen die schrittweise Demontage der sozialen Sicherungssysteme sowie der Arbeitsrechte durch die rotgrüne Bundesregierung zeigen, daß sie die Kohlregierung nun endgültig überflügelt hat: - Nie hat eine Bundesregierung mehr für Rüstung und Krieg ausgegeben und gleichzeitig behauptet, daß kein Geld in den Kassen z.B. für soziale Belange vorhanden sei – und niemals zuvor wurde unverschämter gelogen; - keine Bundesregierung hat je solche aggressiven Militär- und Kriegseinsätze und die entsprechenden Gesetze beschlossen; - keine Bundesregierung hat zuvor Grundrechte, wie das Recht auf Bildung oder auf ein Leben in Würde, so rigoros beschnitten und verstümmelt; - nie zuvor hat eine Regierung den „Überwachungsstaat BRD“ so unverhältnismäßig ausgebaut und „perfektioniert“ – und damit auch die Abschottung der „Festung Europa“ weiter vorangetrieben; - noch nie sind so undemokratische und einschneidende Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme und in das Arbeitsrecht vorgenommen worden.

Der Widerstand formiert sich – und ist längst überfällig!

Mit der Großdemonstration am 1. November 2003, als in Berlin rund 100.000 RentnerInnen, SchülerInnen, LehrerInnen, Studierende, ArbeiterInnen und Arbeitslose bzw. SozialhilfeempfängerInnen auf die Straße gingen, um ihren Protest gegen die unsoziale, neoliberale Politik (Der Mensch zählt nichts und zahlt alles, die Konzerne zahlen nichts und zählen alles, und die Regierung behauptet: „Der Markt wird's schon richten...“) der Regierung Schröder/Fischer kundzutun, brachen die größten Proteste los, die es hierzulande gegen organisierten Sozialraub je gegeben hat. Und auch am 13. Dezember 2003 sagten wieder viele zehntausend Menschen in fast allen größeren Städten dieses Landes Nein zu dieser Politik: - Nein zur Rentenkürzung und zur Teilprivatisierung der Rente, - Nein zu jeglichen Privatisierungen, an denen sich nur einige wenige bereichern, - Nein zur Aufhebung bzw. zur Aufweichung der Flächentarifverträge, die nur den großen Konzernen dient, - Nein zum Sozialraub durch die Gesundheits“reform“, die Kranke arm macht und gleichzeitig der Pharmaindustrie ihre fetten Gewinne beläßt, - Nein zur Entrechtung von Arbeitenden, Arbeitssuchenden, Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen durch „Hartz-zwei-drei-vier“ bzw. durch noch eine Agenda – z.B. jene mit der laufenden Nummer 2010 - und schließlich Nein zum gegenwärtigen Umbau Europas - sprich: zur neuen „EU-Verfassung“ sowie zur „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ -, über den keinE WählerIn je abstimmen wird, und der sich allein im Auftrag der ökonomisch Mächtigen vollzieht.

Uns reicht es! Wir nehmen diese „Reformen“ so nicht hin! Hier passiert gerade ein eklatanter Umbau der Gesellschaft, und zwar in eine Richtung, die garantiert die falsche ist: Weniger Rechte, weniger Demokratie, weniger Bildung, weniger soziale Sicherheit und demgegenüber mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse, mehr soziale Ungleichheit und damit noch mehr Armut. Und warum? Damit die Menschen in diesem Land besser regiert und ausgebeutet werden können, damit sie gezwungen werden können, den letzten Scheißjobs hinterherzujagen. Und damit sie immer weniger in der Lage sind, die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge einer solchen Politik zu erkennen, zu durchschauen und zu kritisieren bzw. sich überhaupt zu artikulieren.

Angesichts dieser skandalösen Verhältnisse sind die aktuellen Demonstrationen noch viel zu wenig: Wir wollen keinen simulierten Protest, was wir wollen ist Widerstand! Wir unterstützen beispielsweise die Forderung nach einem europäischen Generalstreik. Diese Idee wurde erst kürzlich wieder auf dem Europäischen Sozialforum in Paris erörtert, jedoch vor allem durch deutsche Gewerkschaftsspitzenfunktionäre gnadenlos ausgebremst. Ja, auf die deutschen „Sozialpartner“ aus den Gewerkschaften können sich Regierung und Kapital auch heute immer noch verlassen.

Das gemeinsame Interesse: Der Kampf gegen den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts!

Der neoliberale Durchmarsch, dem sich seit Jahren auch die Regierung Schröder/Fischer angeschlossen hat, führt auch im globalen Maßstab zu mehr Hunger, Elend und Krieg. Mit immer brutaleren Methoden versuchen die herrschenden Eliten dieser mehr und mehr durchkapitalisierten Welt, Ressourcen und Arbeitskräfte in ihre Verwertungsprozesse einzugliedern, um so die Krisen ihrer Reichtumsproduktion „elegant“ zu umschiffen. Ob nun als Krieg gegen „Terror“ oder gegen „Schurken“: der äußere Feind ist benannt, und unter dem Vorwand seiner Bekämpfung wird z.B. der Rüstungsindustrie ein Großauftrag nach dem anderen zugeschanzt, werden die Persönlichkeits- und BürgerInnenrechte eines/einer JedeN, die demokratischen Rechte allgemein, massiv eingeschränkt bzw. verletzt. Und wie im Äußeren, so wird auch im Inneren immer gewalttätiger und aggressiver versucht, die vorhandene Arbeitskraft und die Würde der Menschen dem kapitalistischen Verwertungssystem einzuverleiben bzw. unterzuordnen.

Längst läuft der Krieg gegen die Marginalisierten, gegen die MigrantInnen, die z.B. nach Europa wollen, gegen die Arbeitslosen, die würdig leben wollen, gegen die SozialhilfeempfängerInnen, die bereits aus allen anderen Sozialsystemen aussortiert wurden und beständig stigmatisiert und schikaniert bzw. als „Sozialschmarotzer“ diffamiert werden - kurz: gegen die Menschen !

„Weltsozialkrieg“ – Der Krieg wird fortgesetzt...

Es herrscht ein „Weltsozialkrieg“, der immer wieder in nahezu allen Teilen der Welt fortgesetzt wird. Deshalb wird heute kein Krieg mehr beendet – und kann auch nicht mehr beendet werden. Die „Nachkriegsordnungen“ werden mehr und mehr zu Zwischenkriegsunordnungen, wie das Beispiel Irak zeigt.

Hierzulande wird die Bundeswehr zu einer weltweit ständig im Einsatz befindlichen Interventionsarmee um- und ausgebaut. Die sogenannten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“, die von Kriegs- und Rüstungsminister Struck im Mai 2003 „erlassen“ wurden, ohne daß auch nur einE BürgerIn nach seiner/ihrer Meinung gefragt wurde, bilden den Rahmen für die Beteiligung der Bundesrepublik am weltweiten Krieg um Ressourcen (z.B. seltene Metalle, Öl, Gas und Wasser) und damit um die Verfügbarmachung menschlicher Arbeits- bzw. Produktivkraft. Es werden Regionen den „westlichen“ Kapitalinteressen untergeordnet, auf die bislang kein umfassender Zugriff bestand. Afghanistan, der Irak und Georgien sind die jüngsten Beispiele dieser Strategie, der Iran und andere werden folgen... Ferner werden Transportrouten „gesichert“, damit z.B. der europäischen Wirtschaft die notwendigen Ressourcen zugeführt und die Exportproduktion ungehindert ausgeführt werden kann.

Die Einflußsphäre des Militärbündnisses der NATO breitet sich immer weiter gen Osten und Süden aus, das Bündnis selbst wirkt als Rammbock gegen Regierungen und Eliten, die sich weigern, die Ressourcen ihres Landes und die verfügbaren Arbeitskräfte den „westlichen“ Verwertungsinteressen auszuliefern. Die Bundeswehr gewinnt zunehmend an Bedeutung für diese geopolitische Strategie. Deshalb fordern wir seit langem die Auflösung dieser beiden „kriminellen Vereinigungen“.

Im Rahmen der Europäischen Union wird z.B. mit der „EU-Verfassung“ die Voraussetzung zur Errichtung eines weiteren Militärbündnisses und damit für den Zugriff auf – aus europäischer Sicht - entlegene Regionen geschaffen, notfalls auch ohne NATO-Beteiligung. Hierbei wird sehr viel vom großen Vorbild und Hegemon USA gelernt bzw. kopiert. Außerdem verpflichten sich die nationalen Regierungen mit der neuen EU-Verfassung, ihre Militärausgaben drastisch zu erhöhen. Der Euro-Militarismus steht zwar erst an seinem Anfang, aber die Bundesrepublik spielt schon jetzt eine der wenigen Hauptrollen. Gerhard Schröder formuliert das so: „Das, was wir mit der Agenda 2010 vorhaben, (...) ist zugleich unsere Verantwortung für ein starkes Europa und seine Rolle in der Welt“.

Gibt es denn eine Alternative?

Die neoliberale Regierung Großbritanniens unter Margret Thatcher prägte in den 80er Jahren den Satz: „There Is No Alternative!“ Diese „TINA-Doktrin“ findet sich längst auch als Versatzstück in der ständig als alternativlos bezeichneten „Sachzwangpolitik“ von Rotgrün. Aber einen Sachzwang gibt es nicht, er ist pure Ideologie und wird immer nur behauptet. Es gibt immer (mindestens) eine Alternative: Mehr Bildung, eine gerechtere Verteilung des Reichtums dieser Welt, bessere Gesundheits- und Sozialsysteme und das Zurückdrängen der Industrie-, Banken- und Militärmacht zugunsten einer menschlicheren Gesellschaft. Hierfür kann und muß man aktiv werden und sich organisieren. Denn hierfür lohnt es sich, zu kämpfen! Als Beispiel könnte hier Venezuela dienen, ein Land, dessen Präsident Hugo Chávez die Armut, den Bildungs- und Gesundheitsnotstand – in bescheidenem Rahmen, aber mit überwältigendem Erfolg –, bekämpft. Der vornehmlich bei den unteren Schichten der venezolanischen Gesellschaft so beliebte Präsident erklärte kürzlich seine Politik folgendermaßen:

„Aristoteles ging davon aus, daß die gesellschaftlichen Spannungen zwischen einer reichen Minderheit und einer verarmten Mehrheit den Grundprinzipien der Demokratie zuwiderlaufen. Das Problem läßt sich auf zwei Arten lösen: Entweder man reduziert die Armut oder die Demokratie. Wir haben uns für die erste Option entschieden.“ Demgegenüber hat sich Rotgrün für die letztere Option entschieden. Und dagegen müssen wir gemeinsam aufstehen!

Das Aktionsbündnis gegen den Krieg - Münster veranstaltet am 20. Dezember 2003 um 12 Uhr eine Kundgebung auf dem Prinzipalmarkt vor dem „Friedenssaal“ unter dem Motto:

„Weltsozialkrieg – Der Krieg wird fortgesetzt...“

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, an dieser Protestkundgebung gegen den Raub des Sozialen und gegen die neuen Kriege teilzunehmen. Wir treffen uns mittwochs um 20 Uhr in der Evangelischen Studierenden Gemeinde (ESG), Breul 43. Auch zu diesen Treffen ist jedeR Interessierte herzlich eingeladen!

25.11.

OPEN BOOKS OPEN MINDS - Book Ac-/Excess

Am 07.12. um 15.30 h werden wir feierlich Münsters neue selbstverwaltete Leihbücherei mit einer extravaganen Vernissage einweihen. Für diese Vernissage und die geheime feierliche Eröffnung brauchen wir noch Deine Kunstwerke, die sich rund um die Themen Lesen, Bücher, Schreiben, Verschlingen und Utopien drehen. Egal ob Du zeichnest, malst, Skulpturen baust, fotografierst, nähst, häkelst oder stickst oder ob Du aus rostigem Metall riesige Skulpturen zauberst, setze deine Ideen um, wir werden sie dann im Versetzt ausstellen... - am 07.12. werden wir dann bei Sekt und Häppchen das Lesen, die Bücher, Ausdrucksmöglichkeiten und Kreativität feiern. Wir hoffen auf Deine grenzenlose Phantasie, vergiß Perfektion, Professionalität oder Wettbewerb. Abgeben kannst Du Deine Werke an jedem Freitag zwischen 17 und 19 Uhr im Umweltzentrum an der Scharnhorststrasse. Der letzte Abgabetermin ist der 05.12., und falls Du Transportprobleme oder sonstige Fragen hast, kannst Du Dich gerne unter openbooks_openminds@yahoo.de melden... Nach der Eröffnung wird die Leihbücherei dann an jedem Montag von 16 bis 19.00 Uhr geöffnet sein und bietet Dir eine Mischung aus Büchern und selbstgestalteten Magazinen, sogenannten (Fan-)zines, die Du in der Stadtbücherei garantiert nicht finden wirst. Du kannst die Sachen ausleihen, oder gleich an Ort und Stelle lesen. Dazu möchten wir die gemütliche Atmosphäre des Versetzt nutzen, um uns bei Tee, Kaffee, Keksen und Kuchen nachmittagelang auszutauschen und versuchen, durch "Open Books - Open Minds" Vorstellungen von Selbstbestimmung zu erfahren und zu leben. VERNISSAGE UND ERÖFFNUNG: Sonntag, 07.12., 15.30 Uhr: Versetzt, Grevener Strasse 53 regelmäßige ÖFFNUNGSZEITEN: Montag 16 bis 19.30 Uhr Kontakt: openbooks_openminds@yahoo.de OPEN BOOKS OPEN MINDS?? – WAS SOLL DAS DEN HEISSEN? Die Idee kam uns als wir uns darüber beklagten, daß wir in unseren Zimmern mehrere Regalbretter voller Bücher haben, die nach einmaligem Lesen, nach dem Teilen mit FreundInnen dem traurigen Schicksal des langsamen Einstaubens entgegenschauen? Wir wollten Bücher, die uns etwas gegeben haben, einen neuen Blickwinkel eröffnet, zum Nachdenken angeregt, oder auch einfach lustige, spannende... Unterhaltung waren, in einer Bücherei einem grösseren Publikum zugänglich machen? Kennst Du das nicht auch, dass Du mal wieder kein Geld in der Tasche hast aber unbedingt ein tolles Buch lesen möchtest? In der Stadtbücherei gibt es aber nichts Vernünftiges, und Bücher aus der Buchhandlung sind zu teuer, von Deinen MitbewohnerInnen und FreundInnen hast Du auch schon alles gelesen... Was tun? Komm montags zwischen 16.00 und 19.30 Uhr ins Versetzt. Wir eröffnen im Dezember eine kleine, selbstverwaltete Leihbücherei mit einer kleinen, aber sehr ansehnlichen Auswahl an Büchern zu den Themen Belletristik, Sexualität, Feminismus, Geschichte, Subkultur, (Anti-)Faschismus, Arbeit, Migration... Wir haben wenig theoretisch-analytische Literatur, sondern legen einen Schwerpunkt auf erzählte Geschichten, Belletristik. Falls Du mal wieder Dein Englisch testen möchtest haben wir sogar ein paar englische Bücher. Die meisten unserer Hefte und Bücher sind aus kleinen, unabhängigen Verlagen, oder im Selbstverlag entstanden, sozusagen abseits der ausgetretenen Pfade des Mainstreams. Dort, wo sich einiges entdecken lässt an interessanten Themen, Utopien und jungen, unabhängigen AutorInnen. Wir halten nichts von Zensur, deshalb wollen wir versuchen alles, was wir für die Bücherei kriegen, aufzunehmen, auch wenn die Autoren fragwürdigen Einstellungen nachhängen oder Klischees (-ismen) reproduzieren. Für einen geringen Pfand können Leute einmal wöchentlich, Donnerstags von 16-19h30 in der gemütlichen Atmosphäre des "Versetzt" Kaffee und Tee trinken, Kekse und Kuchen essen, Bücher lesen und ausleihen. Wir wollen mit unserem Projekt, *OPEN BOOKS OPEN MINDS - Book Ac-/Excess*, v.a. ein selbstverwaltetes Forum für Zeitschriften und Bücher schaffen, die sich nicht in der Stadtbücherei oder den diversen Unibibliotheken finden lassen und die uns helfen können, Kritik an den vorherrschenden Vorstellungen und nicht zuletzt Utopien und abweichende Vorstellungen von Persönlichkeit, Geschlecht und Selbstbestimmung zu entwickeln und zu leben. Bei der Umsetzung des Projekts freuen wir uns über jede Hilfe, die Du anbieten kannst: Mitarbeit, Vorbeikommen und Lesen und mit uns Rumhängen, Spenden (egal ob Bücher, Bücher, Bücher, Regale oder dringend benötigte Geld), Flyer verteilen oder anderen Leuten davon erzählen... FEIERLICHE VERNISSAGE

MIT ERÖFFNUNG: Sonntag, 07.12., 15.30 Uhr: Versetzt, Grevener Strasse 53 regelmässige
ÖFFNUNGSZEITEN: Montags, 16.00 Uhr bis 19.30 Uhr - Kontakt: openbooks_openminds@yahoo.de

30.09.

Verleihung des goldenen Geldsack - Aktion an der IGZ
seht selbst...

30.09.

Wagentage in Osnabrück
Freiräume verteidigen...

Cash not Culture

Osnabrück bewirbt sich um den Titel der europäischen Kulturhauptstadt 2010. Lächerlich genug. Als Vorbereitung darauf ebnet sie die vorhandene kulturelle Landschaft ein. Die Schildbürger hätten es nicht besser hingekriegt.

Ob bei Remarque oder Böll, in der Literatur war Osnabrück stets ein Synonym für finstersten preußischen Provinzmief. Und der soll offensichtlich restauriert, gepflegt und erhalten werden. Im Zuge dieser Miefisierung beabsichtigt der Stadtrat, den AZ-Wagenplatz am Fürstenauer Weg zu räumen.

Es wird nicht die erste und nicht die letzte Räumung sein, mit der in letzter Zeit ein linkes Kultur- und Wohnprojekt vernichtet wird. Lübeck, Aachen, Karlsruhe, Frankfurt, Lacoma, Hamburg, Nürnberg, Kiel, Köln, Berlin, Oberhausen... die Liste bedrohter oder bereits zerschlagener Zentren und Bauwagenplätze ist lang.

Die Arroganz der Macht

Eine Zerstörungspolitik, die vor allem auf Ressentiments beruht, kennt keine Argumente. Wie auch im Fall der Wallstraße in Lübeck und der ExSteffi in Karlsruhe haben die Provinzschranzen der CDU kein einziges Sachargument vorgetragen, um die angekündigte Räumung zu begründen. Sie setzen aufs Faustrecht, auf die militärische Überlegenheit der grüngekleideten Prügelkohorten.

Ursache und Wirkung

Gelegentlich werden wir auf die "leeren Kassen" der Kommunen verwiesen. Die Gemeinden sind pleite, das ist richtig. Ursache ist die neoliberale Politik der Steuergeschenke an Kapitalgesellschaften und Wohl-habende. Die leeren Kassen sind aber nicht Grund der Repressionsoffensive gegen linke Projekte und alternative Lebensformen.

Öffentliche Finanzebbe und konservativer Zerstörungswille sind nicht Ursache und Wirkung, sondern vielmehr Ausdruck desselben Übels. Es trägt viele Namen, oft wird es Neoliberalismus genannt, besser paßt Spätkapitalismus.

Eiszeit

Ein zunehmend kalter Wind bläst uns ins Gesicht, und er weht von rechts. Sozialraub und Arbeitszwang, Repression und Hetze gegen soziale, kulturelle und politische Minderheiten, Rassismus, institutionell und als Volksbewegung, Vertreibung aus öffentlichen Räumen und Zerstörung kultureller Nischen.

Die totale Umstrukturierung der Gesellschaft nach Gesichtspunkten optimierter Kapitalverwertung, 1973 in Chile begonnen, in den 80ern von Thatcher und Reagan fortgesetzt, hat Mitteleuropa erreicht. Dabei stehen unsere Freiräume ziehlich weit oben auf ihrer Liste. Wir sind politisch mißliebig, verweigern uns der durchkommerzialiserten Unterhaltungs- und Freizeitindustrie und stehen sozial auf den unteren Sprossen der Leiter.

Was tun?

Wie sollen wir damit umgehen? Anpassen und mitmachen? Resignieren und Säufer werden? Mal gucken, ob wir in der Normaldisse nicht auch ganz gut feiern können?

Nein. Wir würden nicht einmal hineingelassen werden. Wir haben kein Geld, um die dortigen Preise zu bezahlen, und wie's aussieht, werden wir in Zukunft eher noch weniger haben. Ein ‚Rückzug ins Private‘ ist kein

Ausweg, denn das Private ist nach wie vor politisch und was uns in den Nachrichten ankotzt, nervt uns genauso im Alltag. Nein, wir werden uns mit allen Mitteln der Räumung widersetzen. Freiräume sind mehr (oder könnten mehr sein...) als ein Ghetto linksradikaler Selbstvergewisserung. Neben den räumlichen Ressourcen für politische Arbeit und nichtkommerzielle Kultur können sie eine Schnittstelle, ein Anlauf, eine Chance sein. Eine Schnittstelle, um unsere Vorstellungen von einem selbstbestimmten Leben zu kommunizieren, ein Anlauf, unsere Utopien versuchsweise im Alltag umzusetzen, eine Chance, die diversen Kämpfe gegen einzelne Aspekte der Ausbeutung miteinander zu verknüpfen.

Darauf können wir nicht verzichten.

Darum rufen wir auf zur Demo für den Erhalt des AZ-Wagenplatzes am 18. 10. 03 um 13.00 Uhr am Ledenhof in Osnabrück.

Außerdem finden hier vom 16. - 19. Oktober Wagentage mit kulturellem und politischem Rahmenprogramm statt.

mehr Infos: 0174/8372095

0541/7508797

www.avanti-os.de

www.osnabrück-alternativ.de.vu

...auch in Osnabrück

Ebenfalls am 18. 10. gibt es in Braunschweig einen NPD-Aufmarsch... wem es also zu weit ist, nach Osnabrück zu kommen, findet auch da Gelegenheit zu sinnvoller Betätigung. Treffpunkt 10.00 Uhr an der KZ-Gedenkstätte Schillstraße, Infos unter www.nazi-aufmarsch.stoppen.de.vu/

23.09.

Nachtrag Gutscheinaktion: REWE Hansaring probiert's...

Das kollektive Einkaufen bei REWE am 11.9. und 17.9. hat neben zwei Presseberichten, erstaunten Anrufen der REWE-Zentrale und der Pressestelle der Stadt zur Folge, dass REWE am Hansaring nun doch für einen Monat probeweise Gutscheine annimmt...

05.07.

10.7. Aktion gegen die WestLB
macht mit am:

Donnerstag, 10. Juli protestieren wir gegen die Geschäftspolitik der WestLB. Treff ist um 14.30 Uhr am Umwelthaus/Zumsandestr. (Münster), ab 15. 00 Uhr Beginn vor der WestLB an der Wareндorfer Strasse. Die WestLB finanziert nicht nur die OCP-Pipeline in Ecuador, die für Mensch und Natur katastrophale Folgen haben wird. NGOs haben 247 Projekte ausgemacht, die die WestLB im Ausland finanziert. Darunter u.a. der Salwakote- Staudamm in Kashmir, der den Konflikt zwischen Indien und Pakistan weiter anheizen könnte. Der Staudamm ist von Korruption begleitet und kann zur ökologischen Katastrophe für die Region werden. Siehe dazu: <http://www.regenwald.org/new/pressecke/>

Am 10. Juli gibt es Proteste gegen die WestLB in sechs Städten in NRW, in Californien und Australien. Unsere Forderungen: Stopp der Finanzierung der OCP-Pipeline in Ecuador und endlich Ausrichtung von Krediten an überprüfbare soziale und ökologische Kriterien.

Kommt einfach vorbei und zieht euch schwarz wie Erdöl an!

Jens Elmer

Vamos e.V. Achtermannstrasse 10-12 48143 Münster Tel: 0251 / 45431 Fax: 0251 / 57963 vamos@muenster.de

04.07.

Pennplätze für attac-Sommerakademie

Hallo zusammen,

vom 1. bis 6. August findet in Münster die diesjährige Attac Sommerakademie statt. Unter dem Motto "Die Welt ist rund damit das Denken die Richtung ändern kann" werden Intensivseminare, fundierte Vorträge und spannende Podien angeboten. Begleitet wird die Mitmach-Akademie von einem Kulturprogramm mit Konzerten, Filmen, Kabarett und Kleinkunst.

www.attac.de/sommerakademie2003

Für die ReferentInnen der verschiedenen Veranstaltungen suchen wir privat bereitgestellte Übernachtungsmöglichkeiten für die Zeit der Akademie vom 1. bis zum 6. August. Egal ob ihr ein komplettes Einzelzimmer, ein Sofa oder nur etwas Platz für eine Isomatte anbieten könnt, jeder Schlafplatz der sich findet, hilft uns weiter.

Ansprechpartner für die Schlafplatzbörse ist Johann: jaeckel@attac.de, oder per Telefon das Sommerakademie Büro: 0251 - 8324835.

Danke im Voraus. Johann

16.05.

SOFA SOUNDZ

Hey Bands! Habt Ihr Bock in kultiger Sofa- Wohnzimmeratmosphäre Euer Programm akustisch (mit Amps und Drumset) zu präsentieren? Die SOFA SOUNDZ sollen ab jetzt wieder regelmäßig stattfinden, und zwar im "Turm" (Bahnhofstrasse 44, Münster, über m Nachtcafe). Bis jetzt hatten wir da: Dear Diary, Tess Wiley, Cuba Missouri, Flying Windmill, usw. Es passen circa 70 Leute in den Raum, es gibt 'ne Theke, Gesangsanlage, Gage, Catering und Übernachtung. Call: Timm 02501/444691 mail to: tim@falldownmarigold.de

06.04.

Ohne Geld leben? Geld kollektiv verdienen? Ökonomische Selbsthilfe?

Es gab mal die Idee einer Ohne-Geld-Leben-AG. Ich nehme sie mal auf: Wer etwas umsonst loswerden oder geschenkt bekommen möchte, kann seinen Wunsch ab sofort in unserem Ohnegeldforum veröffentlichen. Ebenso Tauschangebote.

Außerdem soll auf dieser Seite auch Platz sein für Projekte, die kollektiv arbeiten, und ohne Chefs und gleichberechtigt Möglichkeiten suchen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Und schließlich sollen auch Initiativen wie Food-Coops oder ähnliches hier Platz finden. Meldet Euch!

06.04., AAM-Newsletter

Neonazi-Aufmarsch verhindert

Ein für den heutigen Sonntag Nachmittag geplanter Nazi-Aufmarsch in der Innenstadt von Neubeckum (Kreis Warendorf) konnte durch den entschlossenen Widerstand von Antifaschistinnen und Antifaschisten verhindert werden.

Organisiert wurde der geplante Aufmarsch durch die sogenannten "Beckumer Nationalisten" und den Kölner "Kampfbund deutscher Sozialisten". Die etwa 25 anwesenden Neonazis versammelten sich am Bahnhof Neubeckum und versuchten mit einem Megaphon ihre nationalsozialistische und rassistische Propaganda zu verbreiten. Dies gelang Ihnen aufgrund lautstarker Sprechchöre durch AntifaschistInnen und und MigrantInnen jedoch nicht. Im Umfeld des Neubeckumer Bahnhofs war an diesem Mittag ausschließlich "Nazis raus" und "Für die Freiheit für das Leben, Nazis von der Strasse fegen!" zu hören. Die Neonazis sahen sich auch mit allerhand fliegender Eier, die durch die couragierten Anwesenden auf die Neonazis geworfen wurden, konfrontiert. Nach kurzer Zeit ging die Polizei, die zwischenzeitlich Verstärkung aus anderen Städten bekommen hatte, massiv gegen die Antifaschistinnen und Antifaschisten vor. Wir verurteilen das zum Teil brutale Vorgehen der Polizei.

Auch in Zukunft werden wir weiter aktiv und entschlossen gegen Neonazismus, Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus vorgehen.

"Antifaschismus ich nicht kriminell, sondern notwendig!"